

# Fremde Arbeit

Die Aneignung nichtdeutscher Arbeitskraft gemäß der vollstreckten Agenda des deutschen Kapitals hat das Verhältnis zwischen Deutschen und Nichtdeutschen entscheidend geprägt. Der eingetübte Umgang mit Kolonial-, Fremd-, Zwangs- und Gastarbeit wirkt bis in die heutige Phase der Geflüchteten-Verwertung fort. Eine historisch-materialistische Übersicht von Florian Feichtmeier.

**D**ie Herausbildung des deutschen Kapitalismus ist eine besondere. Zum einen erfolgte diese Entwicklung im Gegensatz zu anderen westlichen Nationen wie den USA, England oder Frankreich mit Verspätung. Zum anderen wurde der Kapitalismus in Deutschland in einem Klima monarchistischer Strukturen geboren, da eine bürgerliche Revolution in Deutschland nie stattgefunden hatte. Zudem kommt, dass die pangermanistische Ideologie, also, dass jeder deutschsprachige Raum irgendwie zu Deutschland gehöre, sich von vielen anderen modernen Nationen unterschied.

Federführend waren in dieser ideologischen Phalanx einer „verspäteten Nation“ (Plessner) von Anbeginn des Industriezeitalters die deutschen Kapitalfraktionen, ihre Bürokratien und zugehörigen „Rackets“ (Horkheimer), die sehr eng mit den Herrschenden und ihren Administrationen verwoben waren und sind.

Der folgende Artikel steht als ein Fragment zu Beginn weiterer Betrachtungen des deutschen Kapitals in einer geplanten Artikelserie des Autors, die neben anderen die Europastrategien und die Geschichte des Antisemitismus des deutschen Kapitals umfasst. Hier soll Beitrag des Kapitals zum Rassismus in der deutschen Gesellschaft schlaglichtartig beleuchtet werden. Denn die Ordnung, in denen Deutsche das Verhältnis zu Nichtdeutschen erlernten, waren von den Bedürfnissen der deutschen Kapitalfraktion entscheidend mitgeprägt. Ein einschneidendes Moment waren die deutschen Kolonial-Ambitionen.

## Ein Platz an der Sonne

Die deutschen Kolonialbestrebungen fielen in eine Zeit, in der sich der Kapitalismus in Deutschland beschleunigt herausbildete. Konkurrenz und sich stets wiederholende Absatzprobleme erzeugten allerhand Krisen und Expansionsdruck im Deutschen Reich. Auf

der Suche nach neuen Rohstoff- und Absatzmärkten fielen Kapitalfraktionen betroffener Branchen jene Ländereien ins Auge, in die die kapitalistische Produktionsweise noch nicht vorgedrungen war. Sie blickten neidisch nach England oder Frankreich, wo sich Konzerne koloniale Märkte bereits seit Langem erschlossen hatten.

Zum anderen erzeugte die deutlich verspätete, aber dafür doch rasante Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland ein gerütteltes Maß überflüssiger Menschen; jahrhundertalte Stände und Berufszweige kamen innerhalb kurzer Zeit zum Erliegen. Überflüssig Gewordene wanderten massenweise in andere Länder der Welt ab, machten sich auf dem Dampfer von Bremen oder Hamburg aus nach Übersee davon, für ein besseres Leben.

Die von den Auswandernden angestrebten Zielorte standen nicht unter deutschem Einfluss. Beim deutschen Kolonialismus ging es auch darum, überflüssige Deutsche für Kapital und Nation wieder urbar zu machen, Abgehängten und Abenteuerlustigen einen, wie es hieß, deutschen „Platz an der Sonne“ anbieten zu können, beziehungsweise „Abladestätten der Überbevölkerung“ (Rathenau) zu schaffen. So bildeten sich Mitte des 19. Jahrhunderts zahlreiche private Kolonialvereine, die sich in den Vorständen aus Adel, Militär, Kirche und völkischen Verbänden rekrutierten. Ihre einflussreichste Gruppe bestand allerdings aus deutschen Unternehmern.

## Kolonisierung am Beispiel Deutsch-Südwestafrika

In der Anfangsphase des deutschen Kolonialismus war auf den deutschen Staat kein Verlass. Das lässt sich an zwei Zitaten des damaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck verdeutlichen, die jeweils Reaktionen auf das Drängen des deutschen Kapitals waren, in Afrika aktiv zu werden. Das erste ist relativ bekannt: „Ihre Karte

von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Russland. Und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte. Das ist meine Karte von Afrika.“ Und zum zweiten ein deutlich unbekannteres Zitat Bismarcks: „Der Missionar und der Händler müssen dem Soldaten vorausgehen.“

Die Integration des zukünftigen Deutsch-Südwestafrika in den deutschen Kapitalismus gestaltete sich holprig. Nach Marx sind zwei Freiheiten, die „Doppelte Freiheit des Lohnarbeiters“, notwendige Voraussetzung für den Kapitalismus: Die Menschen müssen frei sein, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen, dürfen also nicht durch feudale, zünftige, familiäre oder Strukturen der Leibeigenschaft davon abgehalten werden. Zudem müssen die Menschen frei sein von Produktionsmitteln, sie dürfen also keine Mittel haben, um autonom zu produzieren.

Als die deutsche, privat organisierte Kolonialgruppe in Deutsch-Südwestafrika aufschlug, fand sie allerdings nur wenige Menschen vor, die ihre Arbeitskraft am Markt anbieten mussten. Die gesellschaftliche Verortung, die Menschen einzunehmen hatten, war nicht vom Markt geregelt. Und die meisten Menschen besaßen ihre eigenen Quasi-Produktionsmittel – Viehherden, Ziegen und Schafe, von denen sie lebten. Ein zentrales Ziel der Kolonialvereine war zuvörderst, den dort lebenden Menschen ihre Lebensgrundlagen zu entziehen: die Aneignung von Weidegrund und Viehbeständen.

In einer zentralen Schrift des Reichskolonialamtes von 1919 las sich das in der Rückschau so: „Der bessere Herero arbeitete früher überhaupt nicht, denn seit Generationen waren die Herero lediglich Viehzüchter. Die Herden blieben jahraus, jahrein auf der Weide [...] Wirkliche Arbeit kannte der Herero nicht. Er hielt sie auch für unter seiner Würde.“

Herstellung der Würde:  
Enteignung der Viehbestände

Beim Eintreffen der Delegationen des deutschen Kapitals und ihren siedelnden Speerspitzen in den 1880er Jahren verfügten die Herero in Südwest-Afrika laut dem Blaubuch – einer 1918 herausgegebenen Abrechnung mit der deutschen Kolonialpolitik – über einen Rinderbestand von 180.000 Rindern zuzüglich Ziegen und Schafe. Zwanzig Jahre später besaßen Herero nurmehr knapp 46.000 Rinder – die deutschen Siedler\*innen hingegen bereits 45.000, etwa 90.000 starben an der Rinderpest.

Die Enteignung der Lebensgrundlage erfolgte hauptsächlich über Kleinstkredite. Deutsche Händler gaben Herero Schuhe, Hosen oder andere Gebrauchsgegenstände auf Kredit. Zu einem späteren Zeitpunkt kamen die Händler dann unter Waffen wieder und suchten sich Rinder von der Weide aus. Weil das betrügerische Vorgehen zu immer mehr Konflikten führte, erließ die Kolonialverwaltung 1903 eine neue Kreditordnung. Bestehende Kredite sollten erlassen werden. Das Ergebnis war allerdings, dass die Händler über die Rinderbestände der Herero herfielen, bevor die Verordnung Wirkung entfalten konnte. Das war einer der zentralen Gründe des Aufstandes der Herero im Januar 1904.

Furor teutonicus

Der Aufstand der Herero wurde unter Generalleutnant Lothar von Trotha blutig niedergeschlagen und große Teile der Herero in die Wüste getrieben. Im Rahmen dieses Genozids wurden unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 66 und 75 Prozent der Herero und etwa 10.000 Nama ermordet.

Damit war die doppelte Freiheit der schwarzen Bevölkerung ansatzweise hergestellt, wenn es auch Kritik aus den Reihen der Kapitalfraktion am deutschen Vorgehen gab. Der deutsche Kolonialbeamte Paul Rohrbach kritisierte beispielsweise, dass sich die Deutschen aus der Wüste nurmehr 3.000 Rinder und Schafe aneignen konnten – der Rest starb mit den Herero.

In der letzten Phase der Unterwerfung der afrikanischen Bevölkerung unter das deutsche Kapital konzentrierte man sich auf die Zurichtung der Menschen, was einerseits in Arbeits- beziehungsweise Konzentrationslagern stattfand, andererseits in den Kupferminen, beim Eisenbahnbau oder auf den deutschen Farmen.

Kapitalfraktion an der Heimatfront

Im Deutschen Reich besorgten derweil die zahlreichen Kolonialvereine, im Besonderen die <kursiv>Deutsche Kolonialgesellschaft</kursiv> sowie ihre Vorgängervereine, die Begleitmusik zur Stärkung „des deutschen Kapitals und deutscher Arbeit im Weltverkehr“ (Deutscher Kolonial-Atlas 1911, *Deutsche Kolonialgesellschaft*). Dazu gehörten die hauptsächlich privat organisierten „Völkerschauen“. Sie sollten aufzeigen, dass es nicht nur um Kapitalinteressen gehe, sondern auch die deutsche Allgemeinheit etwas vom blutigen Treiben habe.



Hierzu zählte aber auch eine breit angelegte Kampagne der *Deutschen Kolonialgesellschaft*, in Deutschland lebende Frauen mit deutschen Siedlern in den Kolonien zu vermählen. Der Erhalt einer deutschen Reproduktionsbasis in den Kolonien wurde als wesentlich erachtet, um die Siedler weiterhin an Kapital und Reich zu binden. Der deutschen Frau kam damit eine neue Rolle als Kulturträgerin zu – woraus sich später verschiedenste Facetten des Rassismus entwickeln werden.

Dem Deutschen Reich wurde jedoch der direkte Einfluss auf die Kolonien mit dem *Versailler Vertrag* 1920 stark eingeschränkt. Die Siegermächte bescheinigten Deutschland „Versagen auf dem Gebiet der kolonialen Zivilisation“. Folglich verstärkten die Kolonialvereine ihre Propaganda in den 20er Jahren in Deutschland. Der Grundton zahlreicher Spielarten des deutschen Rassismus, sowie die Benennung von Straßennamen nach deutschen Kolonial-Schlächtern, gehen auf diese Zeit zurück.

Auf der materialistischen Ebene wirkten asymmetrische Handelsbeziehungen zwischen dem deutschen Kapital und ehemaligen Kolonien weiter fort. Die Regionen dienten weiterhin als Absatzmarkt beispielsweise für den sogenannten „Kolonial-Maschinenbau“. Auch die deutschen Siedelnden in vielen ehemaligen Kolonien – denen aufgrund des Engagements der Kolonialvereine mittlerweile nicht mehr nur Männer angehörten – bauten ihren Einfluss in einigen Regionen weiter aus.

### Boden, Lebensraum und Arbeitskraft im Osten

Dennoch war das Hauptaugenmerk des deutschen Kapitals bei der Verwertung nichtdeutscher Arbeit im 19. und 20. Jahrhundert nicht auf afrikanische Kolonien gerichtet, sondern auf Osteuropa. Dahin zeigten deutsche Expansionsbestrebungen mit staatlichem Nachdruck. Von dort wollte sich das

deutsche Kapital massenhaft Menschen für harte Arbeiten holen. Darüber gibt beispielsweise die sehr lesenswerte tausendseitige Stoffsammlung von Reinhard Opitz, „Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945“ ausreichend Aufschluss. Zur Vermittlung eines Eindrucks der Linie, sei ein Ausschnitt eines Aufsatzes (1848) von Wilhelm Roschers zitiert, der als Begründer der deutschen historischen Schule der Ökonomie gilt.

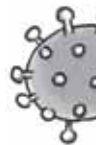
„Ganz anders könnte sich die Sache verhalten, wenn der Strom deutscher Auswanderung nach unseren östlichen Nachbarländern geleitet würde; d.h. als nach den fruchtbaren, aber dünn besiedelten Teilen Ungarns, nach den polnischen Provinzen von Österreich und Preußen, endlich nach denjenigen Teilen der Türkei, welche in Zukunft, so Gott will, das Erbe Deutschlands bilden sollen, Moldau und Walachei, Bulgarien und die Nordküste von Kleinasien. [...] Hier könnte auf dem Wege friedlicher Eroberung ein neues Deutschland entstehen. [...] Dieses Land könnte nationalökonomisch ganz ähnlich von uns genutzt werden, wie das Mississippithal und der ferne Westen von den Vereinigten Staaten.“

Bei allen berechtigten Ansätzen der sogenannten postkolonialen Betrachtungsweisen – und angesichts der Barbarei, die Deutschland in Rekordzeit in afrikanischen Kolonien angerichtet hat – sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Deutschland damals seine Expansionsbestrebungen im Kern immer im europäischen Osten gesehen hatte (und nach wie vor sieht).

### Zwangsarbeit in der NS-Kriegswirtschaft

Das folgende Kapitel, das die Beziehungen (und die deutsche Ideologie) am Arbeitsplatz zwischen deutschem Kapital und nichtdeutscher Arbeit entscheidend präformierte, war die Zwangsarbeit zwischen 1940 und 1945 im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten. Die Vereinnahmung osteuropäischer Arbeitsskraft war keineswegs eine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern schon lange Zeit zuvor eine andauernd wiederholte Forderung des deutschen Kapitals, wovon nicht zuletzt dutzende Kriegszielgedenkschriften aus dem 1. und 2. Weltkrieg der deutschen Kapitalfraktionen zeugen.

Zudem kam, dass die Kriegswirtschaft des NS-Staates ihre anfängliche Waffenproduktion des sogenannten Vierjahresplanes ab 1936 noch über Staatsverschuldung finanzieren konnte. Als sich Millionen Deutsche



Was Corona mit uns macht... #06

#### Ich bleibe lieber zu Hause

Wie hoch ist eigentlich der Anteil der Menschen, die sich vollständig sozial isolieren? Im April gaben 69% der Befragten an, in der letzten Woche überhaupt keine Freund\*innen oder Verwandte getroffen zu haben. Im Juli sank diese Zahl auf 15% und war damit etwa genauso hoch wie vor Corona. Im Juli trafen sich 34% aller Menschen in Deutschland einmal pro Woche mit Freund\*innen (April: 22%, vor Corona: 31%), 44% gaben an, sich mehrmals getroffen zu haben (April: 7%, vor Corona: 42%) und 7% sahen sich täglich (April: 2%, vor Corona: 12%).

Universität Mannheim // Mannheimer Corona-Studie // ca. 3.600 Befragte in Deutschland // repräsentativ //

wöchentlich seit März 2020

allerdings ab 1939 dazu aufmachten, angrenzende Länder zu überfallen, Städte und Dörfer niederzubrennen, und Ghettos sowie Vernichtungslager zu errichten, fehlte dem deutschen Kapital die Ware Arbeitskraft. Die Aneignung nichtdeutscher Arbeitskraft im Osten war im Grunde in der deutschen Ideologie vorgezeichnet.

Allein ins damalige Deutsche Reich wurden zwischen 1939 und 1945 über 12 Millionen Nichtdeutsche zur Zwangsarbeit verschleppt. Im Jahre 1944 hatten knapp 7 Millionen Menschen in Deutschland als Zwangsarbeitende zu leiden: Darunter über zwei Millionen Menschen aus der Sowjetunion, weit über eine Million polnische Zwangsarbeitende und etwa eine Million Verschleppte aus Frankreich. In den besetzten Gebieten selbst ist die Zahl schwierig zu schätzen, aber sie ging jedenfalls noch sehr deutlich darüber hinaus.

### Tod durch Arbeit – ein Meister aus Deutschland

Das Wort Konzentrationslager wurde im Deutschen offiziell 1904 in Bezug auf die Arbeitslager gängig, in denen Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika erniedrigt und ermordet wurden. Das europaweite Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager-System des nationalsozialistischen Deutschlands war eine industrialisierte Weiterentwicklung davon. Und es gibt zahlreiche personelle Kontinuitäten deutscher Rackets, Militärs, Kapitalfraktionen und Familien beim Übergang von kolonialer Ausbeutung und der Zwangsarbeit des sogenannten Dritten Reiches festzustellen.

Ein Beispiel: Hermann Göring gestaltete die Zwangsarbeit in NS-Deutschland nicht zuletzt durch den von ihm verfügten Ostarbeiter-Erlass entscheidend mit. Der Erlass regelte den Umgang mit Menschen, die unter direktem Zwang arbeiten mussten, wie beispielsweise die an ihnen zu exerzierenden Strafen. Göring stand gleichzeitig an der Spitze eines der größten Konzerne in Nazi-Deutschland, den Hermann-Göring-Werken. Ein Konzern, der eines der umfassendsten betrieblichen Zwangs- und Fremdarbeits-Lagersysteme unterhielt. Der Vater Hermann Görings, Ernst Heinrich Göring, war zwischen 1885 und 1890 Reichskommissar in Deutsch-Südwestafrika und brachte die dortige Ausbeutungsordnung nichtdeutscher Arbeit mit auf den Weg.

Was das deutsche Kapital und die Deutschen zwischen 1940 und 1945 am Arbeitsplatz erlernten, war die rechtliche und gesellschaftliche Trennung von nichtdeutscher und deutscher Arbeit in der Praxis.

Nichtdeutsche wurden von Deutschen durch rechtliche Bestimmungen getrennt gehalten. Die völkische Ideologie war der Kitt, der diese Ordnung plausibel erscheinen ließ, Untermenschen konstruierte und damit die Ausgebeuteten am Arbeitsplatz spaltete. Die allermeisten Deutschen waren zwischen 1940 und 1945 direkt oder indirekt mit Zwangsarbeit oder sogenannter Fremdarbeit in Berührung gekommen. Nach Solidaritätsadressen sucht man vergeblich – sie konnten sich offensichtlich gut damit arrangieren, wenn andere noch mehr buckeln mussten als sie.

### Gastarbeitende Welcome? Das Anwerbeabkommen

Die letzten Lager der sogenannten *Displaced Persons*, also die Auffanglager der ehemaligen KZ-Inhaftierten und Zwangsarbeitenden in Deutschland, hatten sich 1955 noch nicht vollends geleert, da brachte der Deutsche Bundestag bereits die Anwerbeabkommen auf den Weg, um neue Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Deutschland zu holen. Das deutsche Kapital brauchte wieder mehr ausbeutbare Menschen – vor allem für Landwirtschaft und Bergbau. Auch hier sind personelle Kontinuitäten interessant: Bundeskanzler Konrad Adenauer, der die Anwerbeabkommen verantwortete, war bis 1933 Vizepräsident der *Deutschen Kolonialgesellschaft*.

Zentraler Auslöser der zahlreichen Anwerbeabkommen war neben der Ausbeutungsnachfrage die in den 1950er Jahren erstarkende Gewerkschaftsbewegung. Aufgrund der Vollbeschäftigung hatten die Gewerkschaften in Deutschland in den 1950er Jahren eine gute Verhandlungsposition erlangt. 1955 erreichte die zuständige Gewerkschaft im Bergbau beispielsweise ein Lohnplus von neun Prozent. Für die Zukunft sollten derartige Lohnerhöhungen vermieden werden, heißt es in einer maßgeblichen Protokollnotiz des Bundestages 1955, die direkt auf den genannten Tarifabschluss verweist. Die Bundesregierung plane, durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte dem Arbeitskräftemangel zu begegnen und dadurch „gleichzeitig auf künftige Lohnforderungen dämpfend“ einzuwirken, hieß es dort weiter.

### Zwischen Kapital, Gewerkschaft und anderen Deutschen

Das Anwerbeabkommen – zuerst mit Italien – war ein Angriff auf die Verhandlungsposition der Gewerkschaften. Zudem plante die Bundesregierung den Wiederaufbau eines Heeres. Ein Teil der Deutschen sollte wieder in der Kaserne und nicht am Fließband



bereitstehen. Auch deshalb wollte die Bundesregierung ausländische Arbeitskräfte auf dem Acker, am Fließband und in der Mine einsetzen. Das sogenannte Rotationsprinzip sollte dafür Sorge tragen, dass die ausländischen Ausgebeuteten regelmäßig wieder in ihre Heimatländer müssen – damit sich nicht noch jemand häuslich einrichtet.

Die deutschen Gewerkschaften – und teilweise auch die SPD – stellten sich zumindest anfangs gegen die Anwerbeabkommen. Das war in Teilen auch nachvollziehbar, handelte es sich doch um einen vom rechten Establishment lancierten Angriff auf die erstarkende Gewerkschaftsbewegung, der letztendlich in der Tradition von kolonialer Arbeit und Fremdarbeit steht.

Die deutschen Gewerkschaften parierten diesen Angriff allerdings nicht mit einer kritischen Analyse des Deutschen Kapitals, noch sahen sie ankommenden Ausgebeuteten als mögliche Schwungmasse für den Arbeitskampf, sondern bestanden auf das sogenannte Inländerprimat: Bei gleicher Eignung seien deutsche Arbeitssuchende vorzuziehen, so die DGB-Gewerkschaften damals. Die IG Metall richtete die Abteilung Ausländerarbeit ein. In den Krisenjahren der 70er Jahre werden sich die DGB-Gewerkschaften dann bei der SPD dafür stark machen, die „freiwilligen Rückkehr arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer“ zu fördern und auf „rasche und wirkungsvolle Verschärfung der Strafen bei illegaler Anwerbung und Beschäftigung“ drängen.

Die Hauptsorgen des deutschen Kapitals waren derzeit hingegen, dass mit den angeworbenen Nichtdeutschen der Klassenkampf nach Deutschland schwappen könnte. Obwohl die *Süddeutsche Zeitung* bereits 1955 damit zu beschwichtigen versuchte, dass „alle italienischen Landarbeiter, die nach Deutschland kommen, zuvor in Abwesenheit vom Amt für Verfassungsschutz in Köln auf eine mögliche kommunistische Agententätigkeit getestet worden“ seien. Nach der Einführung der Zentralkartei für nichtdeutsche Arbeitnehmer im Jahr 1961 wurden die Arbeitsämter aufgefordert, Informationen über „Störungen des Betriebsfriedens“ durch Angeworbene weiterzuleiten. Die *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände* veröffentlichte in dem internen Periodikum „Informationen zur Ausländerbeschäftigung“ unter der Rubrik „kommunistische Infiltration“ entsprechende Berichte.

Die sogenannten Gastarbeiter lebten zu Anfangs häufig in Baracken oder ehemaligen Lagern der *Displaced Persons*, gaben sich mit ehemaligen Zwangs- und Fremdarbeitern die rostige Klinke in die

Hand. Ein Teil bewohnte die heruntergekommenen Glasscherbenviertel oder drängte sich in engen Werkswohnungen.

Selbst der liberale *Spiegel* konstatierte 1970 trocken: „Gastarbeiter sind in Deutschland keine Gäste. Sie bekommen nichts geschenkt, sie genießen keine Vorrechte, eingeladen sind sie nur zum Produktionsprozess. Sie dürfen arbeiten – und diese Gunst zu gewähren, ist deutsche Tradition.“ Laut dem Migrationsforscher Friedrich Heckmann ermöglichte die Migration der sogenannten Gastarbeiter\*innen zwischen 1960 und 1970 allein 2,3 Millionen Deutschen den Aufstieg von Arbeitenden in Angestelltenpositionen.

Geflüchtet ins deutsche Kapital:  
Gedanken zum Ist-Zustand

Als in den 1990er Jahren viele Menschen aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, aus Jugoslawien, Asien und aus Afrika nach Deutschland kamen, wanderten sie in eine Gesellschaft ein, in der ein zentrales Versprechen seit mindestens 100 Jahren fortgeschrieben wurde:

Zwar spüren die Deutschen aufgrund der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus andauernd, dass sie selbst überflüssig werden könnten. Aber sie erlernten das nationale Privileg, zumindest zuerst ausgebeutet zu werden – das Inländerprimat. Und wenn nicht-deutsche Arbeit im Betrieb eingesetzt werden muss, dann haben die Deutschen doch wenigstens eine höhere Position in der betrieblichen Hackordnung einzunehmen. Allerdings können die deutschen Lohnabhängigen ihre Gedanken an ihre eigene tendenzielle Überflüssigkeit im Verwertungsprozess dadurch nicht besiegen. Sie erkennen sie insbesondere in den Geflüchteten an den Außengrenzen und im Lager wieder.

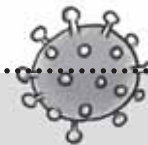
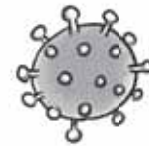
Derweil regelt der Markt die Unterdrückung. Nach der Abschaffung des Sklavenhandels im großen Stil im 19. Jahrhundert, prügelt heute niemand mehr Menschen auf einer Galeere übers Meer. Zukünftig Ausgebeutete setzen sich aus eigener Kraft in eine Nusschale und rudern zum Arbeitsplatz – wenn es ihnen gelingt. Niemand muss mehr ein Gesetz verabschieden, dass Deutsche mehr zu verdienen haben als Nichtdeutsche wie noch 1942. Die radikale Hand des Marktes und das zu Kultur gewordene Inländerprimat machen den Unterschied ohne viel Gesetz. Und etwas mit Gesetz hat es aber schon noch zu tun. Die Nichtanerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und die

Einwanderung von nichtdeutscher Arbeit in Zeitarbeitsfirmen sorgen dafür, dass der Abstand zwischen deutscher und nichtdeutscher Arbeit gewahrt bleibt.

Wie traurig muss die Welt beschaffen sein, wenn Deutschland ein Sehnsuchtsort ist?

Rassismus ist in Deutschland eine durch Arbeit und Ökonomie vermittelte Angelegenheit, die auf eine lange Tradition zurückblicken kann – und sich bis ins Heute fortsetzt. Die rassistische Ideologie hat sich in Deutschland den jeweiligen Interessen insbesondere der deutschen Kapitalfraktion angepasst. Die Menschen in Deutschland unterlagen über weit mehr als einem Jahrhundert dieser Agenda. Eine historisch-materialistische Analyse des deutschen Rassismus über die Epochen hinweg steht allerdings aus. Auch wenn die Abschnitte in diesem Artikel nahezu unzulässig verkürzt erscheinen müssen, soll er zu einer breiteren Debatte und Analyse anregen, dem Ganzen des deutschen Rassismus und auch seinem Verhältnis zum Osten auf den Grund zu gehen.<

Florian Feichtmeier  
Gewerkschafter, lebt  
und staunt nicht  
schlecht in München



Was Corona mit uns macht... #07

**Angemessen oder übertrieben?**

Die Zustimmung zu den Corona-Einschränkungen ist gesunken, aber immer noch hoch. Im Oktober fanden 78% der Befragten die Absage von Veranstaltungen angemessen (April: 96%); 71% stimmten den Einschränkungen im Kulturbetrieb zu (Juni: 80%) und 81% den Kontaktbeschränkungen (April: 85%). Gleichbleibend oder steigend war die Zustimmung zur Maskenpflicht (Oktober: 92%, April: 86%), Abstandsregeln (Oktober: 96%, April: 90%), Testpflicht für Reiserückkehrende (Oktober: 90%, August: 91%) und Begrenzung der Kundenzahl in Geschäften (Oktober: 87%, April: 84%).

Bundesinstitut für Risikobewertung // Corona Monitor // ca. 1000 Befragte in Deutschland // repräsentativ // wöchentlich seit März 2020

